

## **Rekommunalisierung im Trend –** **für Energiedemokratie und Vergesellschaftung**

Nachdem in den 1990er Jahren viele kommunale Energieversorgungsunternehmen privatisiert worden waren, hat in den letzten Jahren eine vorsichtige Gegenbewegung begonnen. Viele Kommunen nutzen die Gelegenheit, dass die sogenannten Konzessionsverträge für die lokalen Stromnetze auslaufen, holen sich die Netze zurück und gründen neue Stadtwerke. Sogar die ENBW, einer der vier großen Stromkonzerne in Deutschland, gehört inzwischen wieder einigen schwäbischen Kommunen und dem Land Baden-Württemberg. Das Beispiel macht deutlich: Die wachsende Rolle des Staates in der Energieversorgung muss nichts Gutes bedeuten. Zahlreiche staatliche Unternehmen betreiben eine genauso unsoziale und unökologische Geschäftspolitik wie ihre privatwirtschaftlichen Konkurrenten – und sind genauso wenig demokratisch kontrollierbar.

Nichtsdestotrotz kann eine Rekommunalisierung eine Chance für Energiekämpfe sein. Setzt die Bevölkerung politisch durch, dass die Privatisierung zurückgedreht wird, macht sie deutlich, dass sie über die Energieversorgung als öffentliches Gut mitbestimmen will. Zugleich verbessern sich die Kampfbedingungen, um einen Ausstieg der kommunalen Betriebe aus Kohle und Atom zu erzwingen, einen Umstieg auf erneuerbare Energien zu erreichen und eine soziale Strompreisgestaltung einzufordern. Das Ziel emanzipatorischer Bewegungen sollte die komplette Vergesellschaftung der Energieversorgung sein. Das heißt, dass alle Menschen gemeinsam und unmittelbar über ihre Energie entscheiden können und dass diese nicht mehr als Ware sondern dass die grundlegenden Energiebedürfnisse als ein Grundrecht betrachtet werden. Es hilft jedoch wenig, diese Forderung abstrakt aufzustellen, sondern sie muss in konkrete Kämpfe übersetzt werden, die ganz praktisch zeigen, was Vergesellschaftung bedeuten könnte. Eine Rekommunalisierung kann ein erster realpolitischer Schritt in diese Richtung sein. Politische Initiativen können sich in die konkrete Geschäftspolitik der Stadtwerke einmischen und sich dafür einsetzen, dass die Stadtwerke immer weiter demokratisiert werden. Das Ziel ist eine echte Energiedemokratie. Zugleich ist es wichtig, dass die Bewegung aus einer kritischen Distanz zur kommunalen Politik agiert, um weiter Druck machen zu können und die tiefgreifende Veränderung der Energieverhältnisse nicht aus den Augen zu verlieren.

In Hamburg und in Berlin sind jeweils breite Bündnisse entstanden, um mit den Mitteln des Volksbegehrens eine Rekommunalisierung der städtischen Energieversorgung durchzusetzen, die in beiden Städten weitgehend von Vattenfall kontrolliert wird. In Hamburg kämpft die Initiative „Unser Hamburg – unser Netz“ dafür, dass die kompletten Versorgungsnetze (Strom, Gas, Fernwärme) wieder in öffentliche Hand kommen. In der Hauptstadt setzt sich der Berliner Energietisch dafür ein, dass die Stromnetze rekommunalisiert und neue Stadtwerke gegründet werden. Diese sollen nach klaren sozialen, ökologischen und demokratischen Prinzipien ausgestaltet werden. Insbesondere in Berlin sind auch linksradikale Gruppen beteiligt, die ausgehend von der Kampagne eine Debatte über eine Vergesellschaftung grundlegender öffentlicher Güter eröffnen wollen. Beide Bündnisse haben inzwischen ihre Volksbegehren geschafft (also die Unterschriftensammlung) und arbeiten nun auf Volksentscheide am Tag der Bundestagswahl, dem 22. September hin. Gelingt es in beiden Städten Mehrheiten für die Initiativen zu gewinnen, könnte der Braunkohlekonzern Vattenfall an einem Tag einen bedeutenden Teil seiner Machtbasis in Deutschland verlieren. Gleichzeitig könnten Hamburg und Berlin zu Leuchtturmprojekten werden, an denen Gruppen in anderen Städten und Gemeinden sich ein Beispiel nehmen, um die Macht der Konzerne insgesamt zurückzudrängen und sich auf den Weg zu einer umfassenden Demokratisierung der Energieversorgung zu machen.